

## Die Kirche in der deutschen Situation

*Der Verfasser — auf dessen Persönlichkeit der Beitrag „Brief aus der Schweiz“ an anderer Stelle dieses Heftes Bezug nimmt — hat uns den folgenden Beitrag als Teilstück des Vorwortes zu seinem Buch „Forderungen der Freiheit“, das in wenigen Wochen im Chr. Kaiser-Verlag, München, erscheint, zum Vorabdruck zur Verfügung gestellt.*

D. Red.

Es gibt kaum einen Teil der Christenheit, der mehr Anlaß hätte, sich diesen Fragen\*) zu stellen und die direkte Linie zu erkennen, die ihr eigenes gottesdienstliches Leben, ihr Beten und Lehren und Handeln mit den Fragen der Völkerversöhnung, des Friedens und des Krieges verbindet, als die christlichen Gemeinden in Deutschland. Sie kommen aus der Schule einer Zeit, in der sie haben Wachheit lernen können gegenüber den Versuchungen der Machtpolitik, ebenso aber Zuversicht des von ihr bekannten Glaubens, daß es gut ist, auf den Herrn zu vertrauen und nicht sich zu verlassen auf Menschen (Ps. 118, 8). Sie sollten das Gelernte nun praktizieren in einem Volke, das durch den äußeren Zusammenbruch zur Erkenntnis seines inneren Zusammenbruchs wenigstens anfangsweise kam. Dieses Volk hat sich in seinem westlichen Teile, der eine ungleich größere Freiheit der Entscheidung hatte als der östliche, für einen Weg der Teilnahme am westlichen Militärbündnis bringen lassen, der ihm raschen Gewinn eingetragen hat. Dabei ging die Erinnerung an das Grauen und an das Unmaß von Schuld, in das die frühere Politik der Aufrüstung geführt hatte, mehr und mehr verloren. Die nun zu Verbündeten gewordenen Besatzungsmächte sorgten Hand in Hand mit der eigenen Führung dafür, daß die westdeutsche Bevölkerung im Genuß der westlichen Allianz sich über den unbehebbarer Widerspruch der Westintegration mit der Wiedervereinigung des gespaltenen Vaterlandes und über die Zwangsläufigkeit der daraus folgenden Ostintegration des abgetrennten Volksteiles gerne hinwegtäuschen ließ. Man beruhigte sich auf die bequemste Weise, die es gibt, indem man die eigene Aufgabe, eine Politik der Wiedervereinigung zu betreiben, zur Forderung an die anderen mächte: an die jetzigen Verbündeten, die daran nur ein mäßiges oder gar kein Interesse haben konnten, und an die östliche Gegenseite. Man proklamiert das Selbstbestimmungsrecht als moralische Forderung und hält das für Politik. Moralische Postulate sind aber nicht Politik, solange sie nicht ergänzt werden durch eigene praktische Schritte und Vorschläge, die den anderen interessierten Staaten das Eingehen auf eine solche Forderung ermöglichen. In dieser Richtung ist nicht nur nichts geschehen, sondern es wird der Begriff des Selbstbestimmungsrechtes heute bei uns noch ausgedehnt auf die verlorenen Ostgebiete, für die anstelle des verschwommenen Begriffs des Heimatrechtes, der sich noch auf die individuelle Rückkehr einzelner Heimatvertriebener beschränken könnte, mehr und mehr das politische Souveränitätsrecht proklamiert wird. In Übereinstimmung mit einem großen Teil der offiziellen deutschen Öffentlichkeit protestierte vor kurzem der Ostkirchenausschuß der Evangelischen Kirche in Deutschland gegen die in dem bekannten Memorandum von acht evangelischen Persönlichkeiten ausgesprochene Ansicht, „daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie werden verloren geben müssen“, mit den Worten:

\*) Gemeint sind die in den vorhergehenden Abschnitten behandelten Fragen „Forderungen der Freiheit“ und „Verteidigung und Atomkrieg“.

„Wer für das Selbstbestimmungsrecht eintritt, muß sich der sittlichen und politischen Verantwortung in gleicher Weise bewußt sein. Im Geiste dieser Verantwortlichkeit darf eine deutsche Politik nicht die willkürliche Zerschneidung einheitlicher Volksgebiete oder die Vertreibung ganzer Bevölkerungen aus ihrer angestammten Heimat durch einen Rechtsverzicht legalisieren.“

Diese Äußerung einer kirchlichen Stelle zeigt die unheilvolle Versteifung des Bewußtseins in einer Frage, in der gerade die Seelsorge der Kirche eine besondere Aufgabe hat. Sie muß darauf bedacht sein, die Verkrampfung zu lösen, in die das Unrecht der Vertreibung einen großen Teil unseres Volkes gebracht hat. Die Lösung dieser Verkrampfung ist nötig, um der verbitterten Menschen willen ebenso wie um des Friedens und der wahren deutschen Interessen willen. Dazu bedarf es aber einer Seelsorge, die die offizielle Verlogenheit, die in dieser Frage bei uns herrscht, nicht nur nicht mitmacht, sondern den Mut hat, den Heimatvertriebenen zur Erkenntnis der wahren Lage und zur inneren Aussöhnung mit ihr zu verhelfen. Es ist nichts mehr daran zu ändern, daß die Ostgebiete verloren sind und verloren bleiben.

Die Austreibung der Ostdeutschen war eines der vielen großen Verbrechen dieses Jahrhunderts und erhält durch die vorangegangenen deutschen Verbrechen, deren Folge sie war, keine Berechtigung. Es gibt aber keine Macht der Welt, die sie rückgängig machen könnte und wollte, und jedes Jahr, das verfließt, stabilisiert den gegenwärtigen Zustand mehr zur völligen Unverrückbarkeit. Wer sich dieser schmerzlichen Erkenntnis verweigert und diejenigen, die sagen, was ist, beschimpft, reagiert infantil. Es geht nicht um den Verzicht auf etwas, was wir haben, sondern um die Erkenntnis eines nicht mehr rückgängig zu machenden Verlustes und um eine von dieser Erkenntnis ausgehende Politik, die auf der Basis der bestehenden Wirklichkeit die Verständigung mit den östlichen Nachbarn und den dazu nötigen Schlußstrich unter eine böse Vergangenheit voll von gegenseitiger Schuld um des Friedens willen anstrebt. Eine solche Verständigung ist unerläßliche Voraussetzung für die Wiedervereinigung unseres Volkes. Wer das Selbstbestimmungsrecht auf die Ostgebiete ausdehnt, sabotiert damit die Wiedervereinigung und erreicht also nur, daß wir über die Ostgebiete hinaus auch diese endgültig verspielen. Das sind Sätze, die außerhalb der Bundesrepublik im Westen nicht weniger als im Osten zu den selbstverständlichen politischen Wahrheiten gehören. In unserem Lande aber ist eine Atmosphäre entstanden, die man allmählich nur mit der in den arabischen Staaten vergleichen kann: wie dort kein Mensch, dem sein Leben lieb ist, die im Interesse dieser Staaten selbst liegende Vernunftordnung eines Ausgleichs mit dem nicht mehr abschaffbaren Staate Israel laut aussprechen kann, so kann bei uns kein Politiker, dem seine politische Existenz lieb ist, diese unwidersprechlichen Einsichten auszusprechen wagen. Geschadet ist damit niemandem als der deutschen Politik, die auf diese Weise blockiert ist, so daß sie politisches Handeln durch irreale Proklamationen ersetzen muß.

An diesem Beispiel ist zu sehen, wie wichtig für die Seelsorge der Kirche, deren Aufgabe immer in den politischen Bereich hineinreicht, das allgemeine Klima der öffentlichen Diskussion in einem Volke ist. In der Aussprache über die Frage der Oder-Neiße-Grenze, ebenso über die Verhinderung der weiteren rapiden Auseinanderentwicklung und Gegeneinander-Verhetzung der beiden deutschen Volksteile, auch über die vom Sozialismus gestellten und noch keineswegs antiquierten Fragen stößt der Deutsche heute überall auf Tabus, die mit Verböten, Risiken und Denunziationen gesichert sind. Die weitgehende Selbstgleichschaltung der Presse und die Anpassung der bisherigen parlamentarischen Opposition an den Regierungskurs haben den Diskussionsraum noch beträchtlich ver-

engt. Fast jeder Tag liefert neue Beweise dafür, daß unsere Demokratie den Kalten Krieg zwischen Ost und West und den zusätzlichen kalten Bürgerkrieg zwischen den beiden Teilen des gespaltenen Deutschland auf die Dauer nicht aushält. Noch sind zwar die Institutionen liberal, aber die Menschen sind es von Tag zu Tag weniger, und dem werden wohl auch die Institutionen schließlich nachgeben müssen.

In dieser Lage ist es von großer Bedeutung, ob die Kirche einem solchen Gefälle widersteht. Mit Kirche ist hier nicht ein dogmatischer Begriff und nicht eine rechtliche Institution gemeint, sondern die diese Institution tragenden und im Rahmen dieser Institution zusammengeschlossenen Menschen, also die Gemeinden, die sich im Gottesdienst versammeln, die Pfarrerschaft und die Kirchenleitungen. Wie weit sie durch ihr Christsein frei sind vom Diktat der öffentlichen Konventionen, frei zu eigenen Bewegungen und Stellungnahmen, das wird für den Gang der Dinge von Bedeutung sein. Von dieser Freiheit regte sich einiges in den Jahren nach der großen Erschütterung von 1933 bis 1945. Es gab Bereitschaft zu schonungsloser Selbstkritik und ein lebendiges Bewußtsein von der Friedensaufgabe einer künftigen deutschen Politik. Dafür wußte sich die Kirche mitverantwortlich, da sie dem Geiste zu dienen hat, der Voraussetzung für eine solche Politik ist. Tritt an deren Stelle die Monotonie von Forderungen an andere, dann betrifft das sehr wohl den Dienst der Kirche im Volk. Denn damit wird aufs neue eine Mentalität gezüchtet, in der der Deutsche alle Schuld für sein Unglück, für die Unmöglichkeit, die verlorenen Gebiete oder die Wiedervereinigung zu erlangen, bei den anderen sucht — eine Mentalität der Anklage an die böse Welt, die der Keim für Haß und Kriegsbereitschaft gewesen ist und wieder werden kann. Christliche Seelsorge kann dem nicht entgegenarbeiten, ohne die Frage nach dem Beitrag unserer eigenen Politik zur heutigen Situation und also zur Nichterfüllung nationaler Ansprüche aufzuwerfen.

Dem kann sich erst recht eine Kirche nicht entziehen, die bisher sich selbst rühmte, die einzige noch bestehende Klammer des deutschen Volkes über die Kluft der Zerspaltung hinweg zu sein. Ihr war mit dieser nationalen Funktion nicht eine ihrem Wesen fremde Aufgabe gestellt. Denn hier mußte sie ihre Seelsorge, auch ihre politische Seelsorge an den Regierenden auf beiden Seiten, ihre Friedenskraft und ihre Fähigkeit, beweglich der geschichtlichen Führung Gottes zu folgen, bewähren. Die Aufteilung unseres Volkes in zwei entgegengesetzte Blöcke und Gesellschaftssysteme gab ihr zugleich die Möglichkeit, an dem Weg in das Neuland kirchlicher Existenz in der kommunistischen Gesellschaft, an dem auf diesem Wege möglichen Sammeln neuer Erfahrungen teilzunehmen und bei seinen Härten und Gefahren den Gemeinden im östlichen Staatswesen beizustehen. Erforderlich war dafür allerdings große Freiheit von Ressentiments: Bereitschaft zum bußfertigen Verständnis der jetzt begegnenden Schwierigkeiten, der Einschränkungen und der Verleumdungen des christlichen Glaubens als Folge eigener Schuld und Versäumnis und also als gnädiges Gericht des Herrn der Kirche — Selbstbefreiung von allerlei überkommenen Bindungen und Ordnungen, die sich jetzt als längst revisionsbedürftig erwiesen — Bemühung um innere und äußere Selbständigkeit gegenüber den Umklammerungsversuchen der beiden politischen Lager und um eine Über-Parteilichkeit, die es ermöglichte, beiden politischen Führungen kritisch und versöhnend in innerer Freiheit zu begegnen — immer neues und genaues Durchdenken der Gegensätze, der Aufgaben und des eigenen Verhaltens — und zuerst und zuletzt der von Angst und Verbitterung befreiende Glaube an das unbesiegbare, allen Menschen heilsame Evangelium, in dessen Dienst wir stehen dürfen. Diese Erfordernisse sind leicht aufgezählt, aber für uns beschränkte, bedingte Menschen so schwer zu erfüllen, daß

man sie ohne Gebet um den Beistand dessen, der die Aufgabe gestellt hat, nicht einmal nennen kann. Wer sie bedenkt, dem erstickt jeder moralische Vorwurf und jedes billige Urteil, der wird auch dankbar sein, wenn er feststellen kann, daß in der von der Aufgabe gewiesenen Richtung einige Worte gesprochen, einige Schritte getan, einige Segnungen empfangen worden sind.

Die große Aufgabe fordert, daß das Bewußtsein der Kirche über das Bewußtsein des übrigen Volkes hinausreicht; nur dadurch kann die Gruppe der Christen „schöpferische Minderheit“ sein, wie es Hans Lilje einmal sehr richtig als ihre Aufgabe beschrieben hat. Davon war in den Jahren nach 1933 einiges zu merken, auch in den ersten Jahren nach 1945. Heute ist es fraglich, ob der politische Horizont der am kirchlichen Leben Beteiligten sich von dem des durchschnittlichen Bundesbürgers durchschnittlich unterscheidet. Die offizielle kirchliche Presse jedenfalls ist, soweit in ihr eine politische Sicht zum Ausdruck kommt, ein Abklatsch der übrigen Presse. Die Vorstellung, daß die Christen eines Volkes in solcher Lage eine besondere Aufgabe hätten, die sich auch auf das kritische Durchdenken der politischen Aufgaben erstreckt, wird zwar theoretisch manchmal ausgesprochen, aber kaum praktiziert. Ruhestörer und Aktionen, die über die Situation beunruhigen sollen, finden wenig Sympathien. Auf den Synoden kommt die Anregung zu Beratungen über solche Themen nur von derartigen Ruhestörern und wird als lästige Abhaltung von den „eentlichen“ kirchlichen Aufgaben empfunden. Man nimmt teil an der üblichen Parteilichkeit des Unrechtsempfindens: Terror ist eine Eigentümlichkeit des Kommunismus; vom gleichen Terror der antikommunistischen Regierungen in Südkorea, Formosa und Südvietnam und von den Zuständen in den spanischen Gefängnissen will man nichts wissen. Ungarn ist der Beweis für sowjetischen Imperialismus; daß Frankreich um Algerien mit viel brutaleren Mitteln und mit viel größeren Menschenverlusten des algerischen Volkes kämpfte, nimmt man nicht zur Kenntnis; und daß die Absichten und Aktionen der USA gegen Kuba samt ihren Begründungen ein genauer Parallelfall zum sowjetischen Vorgehen gegen Ungarn sind, bemerkt man nicht, geschweige denn, daß man anhand der Jesusworte vom Splitter und vom Balken (Matth. 7, 1—5) auf den Gedanken käme, diese westlichen Gegenbeispiele seien für „nicht-atheistische“ Staaten eine größere Schande und müßten den Christen eine schwerere Bekümmernng sein als die Ubeltaten eines atheistischen Staates. So reagierte man auf die Mauer nur mit der Anprangerung der kommunistischen Unmenschlichkeit, wich mit Erfolg jeder eigenen Buße, zu der dieses Phänomen doch auffordern mußte, aus und wunderte sich, wenn man z. B. bei der Weltkirchenkonferenz in Neu-Delhi mit der Verteilung von Propagandaschriften, die nur Anklagen enthielten und von jeder bußfertigen Regung chemisch rein waren, wenig Anklang fand. Die ungelenten Versuche der Kommunisten, angesichts jahrhundertelanger Vorbilder Bibelsprüche und kirchliche Verkündigung auch einmal für ihre Propaganda zu benützen, weist man mit aller Schärfe zurück, darüber aber, daß viel größerer Mißbrauch des Christentums in aller Breite und größter Selbstverständlichkeit im Westen täglich geschieht, erschrickt man nicht.

Der 13. August 1961, lange gefürchtet und dann doch hereinbrechend wie ein unvermutetes Unglück, mußte für die mit solcher Aufgabe beladene Kirche ebenso wie für das ganze Volk ein Tag der Aufrüttelung, des Stillestehens, der Überprüfung sein. Durch die Wattekissen unseres Wohlstandes hätte in die Herzen und Köpfe die Erschütterung dringen können über den Zustand unseres Volkes, dessen Jugend nun von ihren Führungen auf beiden Seiten dazu ermahnt und erzogen wird, ja keine Hemmungen zu haben, wenn eines Tages befohlen würde, aufeinander zu schießen. Darauf richtet sich heute schon bei den Manövern in beiden deutschen Armeen das psychologische Training. In einem süd-

deutschen Fliegerhorst der Bundeswehr antwortete kürzlich ein junger Offizier auf die ihm von Besuchern gestellte Frage, ob er einen amerikanischen Befehl zum Abwurf einer Atombombe auf Dresden befolgen würde, ohne Zögern mit einem: „Selbstverständlich!“ So sind wir dran, das ist die wahre Mauer, das ist die Zukunft der jungen Burschen, wenn sie Konfirmandenunterricht und Jugendkreis entwachsen sind. Spürt man es an Verkündigung und Seelsorge der Kirche, daß sie angesichts einer solchen Wirklichkeit geschieht?

Viel bequemer ist es, alle Schuld bei den östlichen Erbauern der Berliner Mauer zu suchen und das Weltgewissen wegen dieser Unmenschlichkeiten anzurufen — das gleiche Weltgewissen, als dessen Teil man selbst bei ähnlichen und härteren Maßnahmen, etwa in Algerien und Angola, gänzlich ungerührt geblieben war. Man vergaß, daß es eher zu verwundern war, daß diese Mauer, der sonstigen kommunistischen Selbstabschließung entsprechend, nicht schon längst errichtet worden war, und daß die Unterschrift unter die deutsche Teilung, die man als eine eventuelle Folge einer Kompromißregelung zur Beseitigung der Mauer jetzt pathetisch ablehnte, in Wirklichkeit schon unter die Pariser Verträge von 1955 gesetzt worden war. Einer der Mitverantwortlichen für diese Unterschrift von 1955 sagte mir 1960, er habe schon damals als wahrscheinliche Folge mit einkalkuliert, daß eines Tages die beiden deutschen Bürgerkriegsarmeen mit Atomwaffen gegeneinanderstehen würden. Da an seiner Intelligenz nicht zu zweifeln ist, muß er auch die heutige Mauer zwischen den beiden Volksteilen einkalkuliert haben. Diese Mauer war also einkalkuliert, von vornherein in Kauf genommen, an ihr ist von beiden Seiten mit stupidem Eifer über zehn Jahre lang gebaut worden, und die Entrüstung über sie ist nur ein Versuch der Ablenkung. Zu Beginn der Berlin-Krise haben Persönlichkeiten aus der evangelischen Kirche in Bonn darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht nur um die Freiheit der Westberliner gehe, sondern daß es ebenso die Aufgabe der westdeutschen Politik sein müsse, ihr Möglichstes zu tun, daß die Ostberliner Regierung sich nicht veranlaßt sehe, die Staatsgrenze am Brandenburger Tor aufzurichten. Was man tat, war wiederum nichts anderes als die Proklamation von Forderungen an die andere Seite, die das Unheil nicht aufhalten konnte.

So geht unser nationaler Weg von einem Verhängnis zum anderen, weil von einem Versäumnis zum anderen. Die Ausrede, andere Möglichkeiten habe es nie gegeben, ist zwar nur dazu gut, sich eine von Gewissensbissen ungestörte Nachtruhe zu sichern, aber sie funktioniert erstaunlich. Es muß einige unter uns geben, die es ablehnen, sich damit zu beruhigen. Deshalb muß jedenfalls in der Kirche die seit dem 13. August 1961 vollzogene faktische Trennung der Evangelischen Kirche in Deutschland, von der wir heute noch nicht ahnen, wie lange sie dauern wird, als ein Gericht angesehen werden, das uns sagt, daß unsere Bemühungen nicht energisch und frei und genügsam aus dem Glauben geboren waren, daß wir alle weit hinter der Aufgabe zurückgeblieben sind. „Du kannst hinfert nicht Haushalter sein“ (Luk. 16, 2), Du kannst hinfert nicht Klammer sein! — das ist jetzt zu uns gesagt, und nur, wenn wir das uns gesagt sein lassen und bedenken, inwiefern wir dazu Anlaß gegeben haben, werden wir aufs neue in Hoffnung unsere Aufgabe als Kirche in dem zerspaltenen Volk und der zerspaltenen Welt angreifen können.

Man muß mit dem Einwand rechnen, daß mit all diesen Ausführungen die Kirche viel zu eng mit dem politischen Geschehen verflochten und also dazu verführt wird, politisierende Kirche zu werden, wovor die reformatorische Unterscheidung des Auftrags der Kirche und des Auftrags des Staates mit gutem Grunde gewarnt hat. In den hier zusammengestellten Aufsätzen ist hoffentlich das Bemühen zu erkennen, belehrt durch diese reformatorische Unterscheidung

und auf ihrem Boden die politische Verantwortung der Kirche zu klären und zugleich die Verführung zum Politisieren der Kirche abzuwehren. Politische Ethik aus theologischer Sicht ist aber nach Überzeugung des Verfassers nur halb geleistet, solange sie nur ein paar Grundlinien für den politischen Dienst der Kirche und für die politische Verantwortung des Christen herauspräpariert. Wie es eine Selbsttäuschung des Theologen wäre, wenn er meinte, durch solches Verharren im Zeitlos-Grundsätzlichen von der Beeinflussung durch seine politische und gesellschaftliche Umwelt frei zu sein, so hat er auch vorzustoßen zur Erkenntnis und Beurteilung dieser konkreten Umwelt und zur konkreten Beziehung der Sendung des Christen in die Welt auf diese Umwelt. Er hat mit seiner sozial-ethischen Arbeit die Kirche weder zur Bevormundung des Politikers anzuleiten noch zum Verharren bei „rein kirchlichen“ Angelegenheiten und in einer „rein religiösen“ Haltung, die vielmehr eine pseudo-religiöse wäre, solange mit ihr die Weltverantwortung der Kirche und der Christen geleugnet würde. So gehört das Durchdenken des politischen Bezugs und der gesellschaftlichen Konsequenzen der christlichen Verkündigung je und je in einer gegebenen Zeit und Umwelt zu den Aufgaben nicht nur des Sozialethikers, sondern jedes Theologen. Zu den Enttäuschungen in der deutschen Theologie gehört es, daß die Erfahrungen der Jahre 1933 bis 1945 nicht hingereicht haben, den theologischen Betrieb vor dem Rückzug in einen theologischen Elfenbeinturm zu bewahren, in dem die theologische Arbeit unbewegt von den Anfechtungen der Menschheit um sie her bleibt. Man kann erbauliche theologische Abhandlungen darüber lesen, daß der Auferstehungsglaube, existential interpretiert, das Vertrauen auf die todüberwindende Macht der Liebe sei, und daß die *theologia crucis*, die Übernahme des Kreuzes, die Entscheidung des Glaubens sei, aber längst nicht alle Autoren solcher Aufsätze ziehen daraus Konsequenzen für ihre eigene Stellungnahme etwa in der Atomwaffenfrage, in der Friedensarbeit usw.

Hat die Kirche die Menschen im politischen Leben weder zu bevormunden noch ihnen mit Rezepten zur Lösung der politischen Probleme besserwissend, aber denn doch gewöhnlich dilettantisch unter die Arme zu greifen, so bedeutet das doch nicht, daß sie sich mit allgemeinen und also notwendig blassen Grundsätzlichkeiten begnügen und sich gegenüber den konkreten Fragen, wie man oft sagt „zurückhalten“ müßte. Sie wird sich allerdings im politischen Tagesstreit zurückhalten müssen, was die Bejahung oder Verneinung einzelner Positionen anlangt. Sie wird sich aber nicht zurückhalten dürfen im Eintreten für die Opfer der politischen Entschlüsse, im Protest gegen Terror und gegen leichtfertiges In-Kauf-Nehmen der Opferung von Menschen. Sie wird nicht zurückhaltend sein dürfen darin, daß sie den politisch Verantwortlichen die jeweiligen Aufgaben, die sich aus der Lage der wirklichen Menschen ergeben, und die Verantwortung für diese ihnen anvertrauten wirklichen Menschen in konkreter Beschreibung vor Augen hält. Sie wird leidenschaftlich intern und öffentlich Fragen stellen müssen, wenn sie den Eindruck hat, daß Ideologie und Lieblingsvisionen die Führenden dazu verführen, die Verantwortung für die ihnen anvertrauten Menschen und das ihnen anvertraute Volk hintanzusetzen. Sie wird die Mittel und Methoden prüfen und Klarheit schaffen über die durch Gottes gnädigen Willen mit den Menschen, den sie im Evangelium ausrufen darf, ausgeschlossenen Mittel und Methoden. Sie muß es darum als einen Frevel zurückweisen, wenn ihr — auch von manchen ihrer eigenen Glieder — eingeredet wird, z. B. die Frage der Atomwaffen sei ein rein politisches und militärisches Problem, in das sich die Kirche nicht zu mischen habe. Sie wird auch bei Mitteln und Methoden, die sie angesichts der harten Probleme der staatlichen Wirklichkeit nicht von vornherein zu den ausgeschlossenen rechnen kann, einschärfen, daß es unter ihnen solche gibt,

die als ultima ratio vertreten werden können, die aber verwerflich sind, wenn sie in einem vorherigen Stadium, in dem noch anderes versucht werden kann, angewendet werden.

Letzteres war die berechtigte Intention der alten Lehre vom gerechten Krieg. Das gilt aber nicht nur für den Kriegsfall. Das ist z. B. auch bei der von unserer Regierung beabsichtigten Einbeziehung der Bundeswehr in die atomare Abschreckung geltend zu machen. Das hätte von der Kirche — nicht nur, aber auch und in erster Linie von der christlichen Kirche in Deutschland — mit aller Energie vorgebracht werden müssen, als man in der unseligen und sicher falschen Meinung, das Aufhalten der befürchteten sowjetischen Expansion in Europa sei ohne westdeutsche Truppen nicht möglich, sich anschickte, den einen Teil dieses gespaltenen und nach allen Seiten hin so schuldig gewordenen Volkes zu bewaffnen, damit die Einbeziehung beider Teile in gegeneinander stehende Militärblocks einzuleiten, die Spaltung Deutschlands und mit ihr auch die Teilung Europas zu betonieren, die Preisgabe des östlichen Volksteiles an den Kommunismus, vor dem man doch die übrige Welt bewahren wollte, zu fixieren, den Prozeß der inneren Umbesinnung und politischen Erneuerung dieses Volkes abubrechen und die europäischen Probleme ins Unlösbar zu komplizieren. Es sind aus der jüngsten deutschen Kirchengeschichte vor allem zwei Fälle zu nennen, bei denen in der Form von öffentlichen Erklärungen versucht wurde, in dieser Richtung und in diesen Grenzen die legitime kirchliche Mitsprache bei politischen Entscheidungen zu praktizieren. Der eine war die sog. Düsseldorfer Erklärung vom Herbst 1954, in der namhafte evangelische Kirchenführer und Theologen dringliche Fragen zur geplanten westdeutschen Aufrüstung stellten, der andere das sog. „Notwort“ der Synode der Evangelischen Kirche der Union vom Herbst 1957. Beide stießen im Verhältnis zu anderen kirchlichen Erklärungen am weitesten in die politische Konkretion vor, hielten sich aber in den Grenzen legitimer kirchlicher Möglichkeiten und verfielen dennoch nicht nur der Ablehnung von seiten der Regierung, sondern dem diese Ablehnung theologisch sanktionierenden Verdikt als illegitime Einmischung in die Politik von seiten eines großen Teiles der kirchlichen Öffentlichkeit und Presse. Manche anderen Versuche, z. B. die Entsendung einer kirchlichen Delegation zur Bundesregierung aus Anlaß von deren Atomwaffenwünschen im Frühjahr 1958, liefen in ein so schwächliches und von den Gesprächspartnern auf beiden Seiten offenbar selbst nicht ernst genommenes Antichambrieren hinaus, daß sie nicht erwähnt zu werden verdienen. Diese kümmerliche Bilanz ist erklärlich nur durch die innere Bindung an einen politischen Weg, den mit ernststen Fragen zu versehen zu der Aufgabe der Kirche in so außerordentlicher Situation gehörte. Diese innere Gebundenheit hinderte die Leitungen und Synoden der evangelischen Kirche, zu ihren eigenen Worten mit dem Ernst zu stehen, den sie verdienen und mit dem die Kirche gehört zu werden wünscht.

Man braucht nur zu erinnern, wie bescheiden und mattherzig die Kirche ihr auf der Weißenseer Synode 1950 gegebenes Wort, für die Kriegsdienstverweigerer einzustehen, bei der unzulänglichen Gesetzgebung und bei deren Durchführung eingelöst hat; das ist ihr Teil von Mitschuld an der Bedrängnis, die in dieser Sache jetzt auf den Christen in der DDR lastet. Der einst feierlich gesprochene Satz, es dürfe nicht dahin kommen, daß Deutsche auf Deutsche schießen, bewog zehn Jahre später keine kirchliche Stelle, dem Bundespräsidenten Lübke ins Wort zu fallen, als er eben zur Bereitschaft dazu die jungen Bundeswehrsoldaten ermahnte; auch diese Ermahnung wird heute täglich in allen Zeitungen der DDR gepredigt, und eine dort dagegen sprechende Kirche kann sich nun nicht auf gleichen christlichen Einspruch in der Bundesrepublik berufen. Ein drittes Beispiel unter unzähligen: Im Juli 1956 trat die Außerordentliche Synode der EKD in

einem Beschluß zur Milderung der innerdeutschen Gegensätze unter anderem für eine Amnestie der politischen Gefangenen in beiden deutschen Teilstaaten ein. Kurze Zeit darauf kam die gleiche Amnestieforderung im Bundestag zur Sprache, und der damalige Bundesinnenminister Schröder bezeichnete alle diejenigen, die für die Amnestie eintraten, als Handlanger der Kommunisten und als von diesen ferngesteuert. Als ob nie eine Synode in kirchlicher Verantwortung sich dieser Sache angenommen hätte, blieb im kirchlichen Bereich alles stumm, und bis zum heutigen Tag hat sich nie wieder etwas geregelt, obwohl die Entwicklung der politischen Justiz im Vergleich zum damaligen Zustand sich in der DDR nicht gebessert und in der Bundesrepublik verschlechtert hat und also heute noch viel mehr Anlaß wäre als damals, daß die Kirche in die Schanze spränge. Dazu aber müßte sie frei sein, dürfte nicht nach Opportunität fragen, dürfte gerade nicht heimlich politisierende Kirche sein, dürfte auch nicht bei schönen Erklärungen als Feigenblättern für die Blöße ihrer Untätigkeit sich beruhigen, sondern müßte da in den Riß treten, wo sie doch unleugbar in den Riß dieser zerspaltenen Welt gestellt ist.

Christian Geissler

## **Der Protest muß zum Angriff werden!**

*Christian Geissler, Verfasser der als Buch und Fernsehspiel bekanntgewordenen „Anfrage“, hat den folgenden Wortlaut seiner Ansprache bei der Schlußkundgebung der diesjährigen Ostermarsch-Bewegung in Frankfurt/Main am 23. April den „Blättern“ exklusiv zum Abdruck zur Verfügung gestellt.*  
D. Red.

Liebe Freunde! Hier auf diesem Platz und zu gleicher Zeit auf vielen Plätzen in der Bundesrepublik stehen heute Leute, die wollen etwas bekanntmachen. Allein das ist eigenartig genug.

Hierzulande hat die Abhängigkeit der Leute von staatlichen Verordnungen mehr Tradition als die Selbständigkeit der Leute auf offenen Plätzen. Einer alten Tradition also zum Trotz stehen hier Leute, die wollen bekanntmachen, daß es hoch an der Zeit ist, in Sachen des Politischen endlich auf den Menschen zu setzen und auf nichts sonst.

Denn das ist doch der Kern der Sache:

Wer Politik machen will ohne Bombe, der will realistisch und mit Vergnügen setzen auf die vernünftigen Möglichkeiten des Menschen.

Mit solchen Möglichkeiten rechnen, setzt allerdings heutzutage einiges an Hoffnung voraus.

Damit bei dem Wort Hoffnung niemandem weich ums Herz wird, muß folgendes verstanden werden:

Leute, die auf ein Wunder hoffen, gehören nicht hierher.

Leute, die auf ein Wunder hoffen, gehören nicht in den Bereich politischer Arbeit.

Leute, die auf ein Wunder hoffen — das haben wir erlebt und das erleben wir